

Grundposition zur Pflege

Gute Pflege zu Hause ermöglichen

In NRW ist die Zahl der pflegebedürftigen Menschen laut dem Landesbetrieb IT.NRW mit über 1,2 Millionen Menschen derzeit auf einem historischen Höchststand. Mit 86 Prozent wird nach wie vor der größte Teil der Pflegebedürftigen in den eigenen vier Wänden versorgt. Davon beziehen über 655.000 ausschließlich Pflegegeld und werden von Angehörigen, Freunden, Nachbarn und Bekannten versorgt. Die Dunkelziffer derer, die die Pflege in Eigenregie und ohne staatliche Hilfen versuchen zu organisieren, dürfte wesentlich höher sein.

Pflegende Angehörige sind durch die Pflegesituation übermäßig körperlich und psychisch beansprucht, vor allem wenn der Pflegebedürftige an einer Demenzerkrankung leidet oder bei pflegebedürftigen Kindern weitere oft lebensbedrohliche Erkrankungen dazukommen. Vereinbarkeitskonflikte zwischen Beruf, Familienarbeit und Pflege wirken zusätzlich erschwerend auf die Gesamtsituation. Pflegende Angehörige haben einen schlechteren Gesundheitszustand zum Beispiel in Bezug auf Depressionen, Rückenbeschwerden und Schmerzen. Arztbesuche werden wegen der häuslichen Belastung oft unterlassen. Fast jeder Zehnte gibt an, kurz davor zu stehen, die Pflege einzustellen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Pflegende Angehörige unter dem Gefühl von Ausgebranntsein, Wut, Trauer, Frustration leiden. Das wirkt sich wiederum negativ auf den Pflegebedürftigen aus. Pflegenden Angehörigen ist deshalb ein Netz an Hilfen im Falle der Überforderung zu bieten. Auch entlastende Dienste und Angebote sowie Unterstützung und Begleitung während der Übernahme der Pflegeverantwortung sind dringend angezeigt. Pflegende Angehörige benötigen unsere Solidarität und all unsere gesellschaftliche Unterstützung sowie pflegepolitische Rahmenbedingungen, die eine gute Pflege zu Hause ermöglichen.

Selbstbestimmt Leben auch bei Pflege

Es ist inzwischen unbestritten und wissenschaftlich bestätigt, dass der größte Teil der älteren und pflegebedürftigen Menschen zu Hause alt und gepflegt werden möchte. Nur acht Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter möchten im Falle der Pflegebedürftigkeit in ein Altenheim ziehen. Dabei hat die Stärkung der häuslichen Pflegeinfrastruktur eine für die Menschen besonders wichtige Rolle. Der Wunsch der pflegebedürftigen Menschen ist vorrangig die häusliche und nicht gleichwertig die stationäre Pflege. Quartiersmanagement und Sozialraumorientierung sind wichtige Ansätze für eine gute Pflegeinfrastruktur. Daher gilt es, Quartiere zu fördern und Quartiersentwicklung fortzuentwickeln. Eine weitere wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist geeigneter Wohnraum. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der stei-

genden Anzahl von pflegebedürftigen Menschen in den nächsten Jahren ist eine wichtige Erfolgsvoraussetzung für menschenwürdige Pflege und Selbstbestimmung ein senioren- und behindertengerechter Wohnungsmarkt. Dazu benötigen wir barrierefreie Wohnungen, die eine ambulante Pflege zu Hause und somit auch den Verbleib im Quartier ermöglichen.

Pflegebedarf steigt mit dem Demografischen Wandel

Veränderte Familien- und Gesellschaftsstrukturen, wie die Pluralisierung von Lebensformen, die demografische Entwicklung, die sich verschärfende Altersarmut sowie der digitale Wandel erfordern dringend neue pflegepolitische Handlungskonzepte. Damit uns das Potential Pflegender Angehöriger nicht langfristig verloren geht, ist aus Sicht des VdK NRW deshalb der Auf- und Ausbau von Entlastungsangeboten, unabhängigen Beratungsangeboten und weiteren Hilfen notwendig. Hierzu gehören Angehörigen- und Selbsthilfegruppen, ehrenamtliche Helfer, Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie betreuter Urlaub und betreute Kuren für Pflegebedürftige zusammen mit ihren Angehörigen.

In der Realität herrscht aktuell jedoch ein Mangel an Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen sowie vielerorts an ambulanten Pflegediensten und stationären Pflegeheimplätzen. Die pflegerische Versorgung ist an vielen Stellen in NRW sowohl im ländlichen Raum als auch in Großstädten nicht mehr sichergestellt. Leidtragende sind die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen. Pflegepolitik muss in NRW ganz oben auf der Agenda stehen. Die Landesregierung muss dringend die richtigen Weichen stellen und gegensteuern.

Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen verbessern und attraktiv gestalten

Der Gesamtbedarf an beruflich Pflegenden wird in den nächsten Jahren weiter massiv ansteigen. Unterschiedliche Berechnungen gehen von 300.000 bis 500.000 zusätzlichen Pflegekräften bis 2050 aus. Ursache hierfür ist u. a. auch, dass die Pflegeberufe in Konkurrenz zu anderen Berufen und Branchen dramatisch benachteiligt sind. Sie sind aufgrund physisch wie psychisch höchst belastender Arbeitsbedingungen, unzureichender Vergütung, hoher Anforderungen und schlechtem Image äußerst unattraktiv.

Die Fluktuation in der Pflege ist hoch und die durchschnittliche Verweildauer in dem Beruf beträgt nur zwischen sieben und acht Jahren. Zudem scheidet fast jede dritte Erwerbsperson aus gesundheitlichen Gründen aus dem Beruf aus. Deshalb sind schnellstens weitere Schritte nötig, die diese Defizite nachhaltig korrigieren. Diesbezüglich appelliert der VdK NRW an alle pflegepolitischen Akteure, die Attraktivität des Pflegeberufes auf allen Ebenen zu verbessern. Altenhilfeträger müssen sich zu einer verantwortungsbewussten Personalpolitik und -entwicklung verpflichten, Kostenträger eine tarif-

liche Finanzierung von Pflegekräften akzeptieren und die Politik insgesamt entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Beschäftigte in der Pflege können durch gute Arbeitsbedingungen zu Garanten der Menschenrechte der Pflegebedürftigen werden. Die Zufriedenheit der Beschäftigten korreliert mit der Qualität der pflegerischen Versorgung und trägt somit zum Schutz der Pflegebedürftigen bei.

Finanzierung der Pflege

Die notwendigen Verbesserungen für Pflegekräfte dürfen aber nicht dazu führen, dass Pflegebedürftige noch mehr für ihre Pflege zahlen müssen als ohnehin schon. Im Jahr 2023 lag der Eigenanteil für Pflegeheimkosten im Bundesdurchschnitt bei 2.411 Euro pro Monat (NRW: 2.767 Euro). Die Mehrkosten für bessere Bezahlung und mehr Personal dürfen nicht dazu führen, dass die Eigenanteile von Pflegebedürftigen weiter steigen. Diese führen vor allem im stationären Bereich schon heute dazu, dass immer mehr Pflegeheimbewohner Hilfe zur Pflege beantragen müssen. Pflege darf nicht arm machen. Die Finanzierung der Mehrkosten muss aus Steuermitteln und aus der Pflegeversicherung sichergestellt werden. Nicht vergessen dürfen wir, die Bedingungen in der ambulanten Pflege zu verbessern. Denn gerade in ländlichen Regionen zeigen sich schon heute Versorgungsengpässe. Pflegebedürftige finden dort kaum noch Pflegedienste. Das liegt am fehlenden Personal und der schlechten finanziellen Ausstattung.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben von der Allgemeinheit getragen werden, also über Steuern. Damit steigende Kosten nicht einseitig zu Lasten der Betroffenen gehen, fordern wir darüber hinaus, die finanzielle Unterstützung an die jährliche Preis- und Lohnentwicklung anzupassen. Die Pflegeversicherung muss wieder das Ziel haben, die Armut Pflegebedürftiger oder auch eine Unterversorgung zu Hause lebender Pflegebedürftiger zu verhindern. Dabei muss die Pflegeversicherung wieder alle Kosten, die durch die Pflege entstehen, übernehmen und refinanzieren. Die Unterkunfts- und Verpflegungskosten sind, um die pflegebedingten Aufwendungen zu bereinigen. Investitionskosten müssen durch die Bundesländer und Ausbildungskosten durch Steuermittel übernommen werden.

Folgende Punkte sind aus Sicht des VdK NRW darüber hinaus für eine menschenwürdige Pflege von besonderer Bedeutung:

- Prävention und Rehabilitation müssen gerade in Bezug auf ältere Menschen in der Praxis endlich gelebt und umgesetzt werden.
- Sicherstellung von ausreichend Plätzen zur Kurzzeit-, Verhinderungs-, Tages und Nachtpflege.
- Einführung einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige analog zum Elterngeld.
- Ungleichheiten zwischen Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten bei den rentenrechtlichen Anrechnungen müssen abgeschafft werden.
- Die Gruppe der jungen pflegebedürftigen Menschen muss verstärkt in den Blick genommen und besser unterstützt werden.
- Die sensible Thematik „Kinder als Pflegepersonen“ muss aufgenommen und evaluiert werden.
- Konzentrierte Aktion zur Fachkräftegewinnung durch bessere Vereinbarkeitsstrategien, präventiven betrieblichen Gesundheitsschutz, technische Hilfs- und Assistenzsysteme sowie Möglichkeiten der Mitarbeiterbindung in der Pflege in NRW starten.
- Unabhängige niedrigschwellige Pflegeberatung für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige einführen.
- Eigenanteile für den stationären Verbleib auf zumutbare Beträge zu begrenzen.
- Langfristig brauchen wir eine Pflege-Vollversicherung, die die erforderlichen Leistungen solidarisch und generationengerecht abdeckt.